

Wöchentliches Anzeiger

für Teudern

und Umgegend



Verlagsort: Die hängende Kopfschele 20, Stellenschele 30 Pl.

Zugabeausgabe in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Heiterstraße 10
am Mittags 10 Uhr. Verkäufer und sonstige Anzeigen
nehmen am vorhergehenden Tage in unsere Hände ein.

Abgabe wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bestelljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,75 RM.
von anderen Seiten ins Haus gebracht 1,85 RM und durch den
Bestellträger 1,95 RM.

Bestelljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Heiterstraße 10, auch von anderen Seiten und allen
Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teudern.

№ 95.

Donnerstag, den 14. August 1919.

58. Jahrgang.

Der bedrohte Eisenbahnverkehr.

Ein Vortrag des Eisenbahnministers.

Vor den Mitgliedern der Handelskammer Berlin hielt der Minister der öffentlichen Arbeiten Olex einen Vortrag über die Betriebslage der Staatseisenbahnen und den Herdortverkehr.

Das heute abgehaltenen Vortrages wählten sich nämlich über 30 Millionen Mark Zuschuss vom Finanzministerium für den Eisenbahnverkehr erbeten werden. Die öffentlichen Ausgaben werden so hoch sein, daß jeder einzelne jährlich 1500 Mark für öffentliche Zwecke abgeben muß. Als der Minister im März das Eisenbahnministerium übertrug, war der Herdortverkehr auf 13 Prozent, der D-Subjektive auf 4 Prozent gegenüber dem Friedensstand gesunken. Zunächst gelang eine Steigerung auf 42 Prozent, aber die Lösung auf eine Besserung war teilweise. Fortwährend ist es ein, Knappheit an Kohlen und Mangel an Lokomotiven haben die Besserung wieder zu nichte gemacht. Die letzten Kohlenlieferungen sind durch die Einziehung der Kohlenlieferungen für den Kriegszweck nicht ausreichten. In nächster Zeit werden Verhandlungen mit den Bundesstaaten stattfinden müssen, um eine noch größere Einschränkung des Verkehrs

durchzuführen. Wegen Erdgas ergeben sich alle Leiden unseres Wirtschaftslebens aus dem Kohlenmangel. Wir werden benötigt sein, die Kohlenproduktion auf eine völlig neue Basis zu stellen. Durch Reichsgesetz wird der Verbrauch von Kohlen in der Industrie und im Verkehr durch die Beschränkung der Kohlenlieferungen in der Industrie, besonders die Einschränkung der Arbeitszeit und die Abwanderung von 17.000 Eisenbahnern. Dazu kommen die schweren Bedingungen des Friedensvertrages, die uns zwingen, jährlich 20 Millionen Tonnen abzuliefern.

Reicher heute die Eisenbahn seit für 90 Tage Kohlenvorräte. Jetzt ist dieser Vorrat so gering, daß in Berlin nur noch für drei Tage, in Hannover für fünf, in Erfurt für sieben Tage Kohlen zur Verfügung stehen. Um die Beschränkung der Eisenbahnverkehr zu beheben, um die Wirtschaft zu schaffen, sind für über zwei Milliarden Mark Aufträge vergeben worden. Aber die Werke liefern nicht; es fehlt an Rohmaterial. Der Bestand an Rohmaterialen wären ausreichend, wenn nicht so viele reparaturbedürftig wären. Wenn die Rohmaterialen ausbleiben und der Mangel an Gütern nicht behoben wird, wird man auch den Güterverkehr einschränken müssen. Die unter dieser Bedrückung der durch die ernste gefährdete Herdortverkehr durchgeführt werden soll, ist die größte Sorge.

Die Lage im Eisenbahnverkehr ist so schlimm, daß bereits Bayern und Sachsen Schritte unternommen haben, durch bedeutende höhere Tarife den Verkehr einzudämmen. Diese Erhöhung wird sich schon aus finanziellen Gründen nicht umgehen lassen. Auch die Mittelstaaten werden erhöht werden.

Am Schluß seiner Ausführungen, die förmlichen Eindruck machten, betonte der Minister, daß eine Grundfrage gefunden werden muß, um die Arbeitsleistung zu steigern; sonst werde der Zusammenbruch unvermeidlich.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Montag nachmittag fand im Gebäude des ehemaligen Herrenhauses die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Deutscherseits waren Vertreter aller beteiligten Reichs- und Staatsbehörden sowie der Behörden der Abtrübnungsgebiete erschienen. Die polnische Kommission bestand aus fünf führenden Delegierten sowie 40 Beobachter. Seitens der internationalen Militärkommission waren 8 Herren anwesend.

Unterstaatssekretär von Ganiel eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Er wies darauf hin, daß die deutsche Regierung mit überaus schmerzlichen Empfindungen in die Verhandlungen eintritt, gleichwohl aber alles tun werde, um die Verhandlungen zu einem für beide Völkern befriedigenden Ende zu führen. Als Vorsitz der Tagung bezeichnete er den Grundgedanken der Programmrede des Herrn Reichsministers Müller, daß unser Verhältnis zu den Nachbarstaaten von dem guten Willen für gegenseitige Verständigung und von dem besten aufrichtigen und echten Friedenswille befestigt sein müge.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Unterstaatssekretär Dr. v. Prokocinski, begrüßte in seiner Eröffnung die deutsche Delegation sowie die Vertreter der internationalen Militärkommission und versicherte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens zu führen entschlossen sei; sie würde sich glücklich schätzen, wenn diese erste gemeinschaftliche Verhandlung dazu dienen könnte, eine Grundlage für ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen. Jedenfalls würde sie die künftigen dem polnischen Staate angehörenden Bürger deutscher Abstammung in jeder Beziehung als gleichberechtigte Mitbürger betrachten und behandeln.

Der italienische General Piccolomini dankte in Bestätigung des kürzlich von Berlin abgeleiteten Beschlusses

der internationalen Militärkommission, General Dapont für die Begrüßungen und erklärte, seitens der internationalen Mission werde alles getrieben um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern.

Am Dienstag begannen die eigentlichen Arbeitssitzungen. Die Annahme der Tabaksteuer.

— Weimar, 11. August. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Rationalsammlung wurde die zweite Beratung des Entwurfs einer Tabaksteuer erörtert.

Abg. Weglich (Deutschn) äußerte gegen das Gesetz ernste Bedenken, da es die Ertragsmöglichkeit des Tabakgewerbes gefährde. Die Handelsrolle finde nur den Besatz eines kleinen, aber mächtigen Straßens des Gewerbetreibenden, die Begünstigung des Markenrechts, wie es in ähnlicher Weise bei der Zigarette vorhanden sei, und die Zusammenfassung der Industrie auf Kosten der Kleinindustrie.

Abg. Schiller (Soz.) hielt dem Vorredner entgegen, daß dieses Gesetz von der Industrie und den Gewerkschaften mitgetragene und ausgearbeitet sei. Nehmer glaube in der Handelsrolle einen Schutz der Konsumenten vor Ueberbeteiligung finden zu können auch erfinne sie den Arbeitern den Weg zu Tarifverträgen, da sie die Kontrolle der Fabrik möglich mache. Die sozialdemokratische Partei behalte sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf bis zur dritten Sitzung vor; sie mache sie von der Gestaltung der Weisung abhängig.

Abg. Naeck (Str.) führte namens seiner Partei aus, sie könne die Steuer, wie sie der Ausschuss gefordert habe, mitmachen, wenn sie eine geeignete Weg unter Schöpfung des mittleren und kleinen Gewerbes.

Abg. Kempf (D. Wp.) gefand zwar zu, daß die Höhe der Vorlage zweifellos sehr hoch seien, erklärte aber, daß sie nicht über das Maß hinaus gingen, was die Industrie getragen hätte. Nehmer hat das Haus, die Handelsrolle durch eine Fiktivwertsteuer zu ersetzen.

Abg. Kante lehnte für die Unabhängigen die Vorlage ab.

Abg. Kante (Dem.) mußte augehen, daß die gegenwärtige Tabaksteuervorlage einen gewissen Schritt ins Dunkle bedeute. Ein Entgegenkommen der Industrie werde die Regierung in den Ausführungsbestimmungen zeigen müssen; er stimmte der Vorlage zu.

Nachdem Gehelmat Sachmittel für die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen mögliche Berücksichtigung der Interessen des Handels angelegt hatte, schloß die Besprechung.

Vor der Abstimmung über § 1 wurde ein demokratischer Kompromißantrag angenommen, im ganzen Gesetz den Ausdruck „Reichsminister der Steuern“ durch „Reichsfinanzminister“ durch „Reichsminister“ zu ersetzen.

Das Annahme der ganzen Vorlage schloß Präsident Fernbach vor, die Verhandlung auf morgen nachmittag 3 Uhr zu vertagen, um den Rest der heutigen Tagesordnung unter Einwirkung des Umfahrgesetzes zu erledigen.

Hieron thappte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. In derselben ergiff auch Reichsminister Berger das Wort und war als Abgeordneter. Unter großer Heiterkeit führte er gegenüber dem Abg. Dr. Weder (D. Wp.) aus, als Abgeordneter sei ihm bekannt, daß zu einem Mißtrauen gegen die Regierung keine Veranlassung vorliege.

Der Vorschlag des Präsidenten wurde schließlich durch Beschluß angenommen, wobei sich gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses ergab.

Deutsche Nationalversammlung.

— Weimar, 12. August 1919.

In heutiger Sitzung der Nationalversammlung wurden zunächst die Angelegenheiten der Reichsministerien erörtert. Abg. v. Gräfe (Deutschn) unter Bezugnahme auf Presseberichte, nach denen in englischen und amerikanischen Gefangenenslagern den deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt worden sei, daß ihre beschleunigte Heimkehr nach Deutschland seitens der deutschen Regierung offenbar nicht gewünscht ist, durch die Regierung der deutschen Regierung selbst verhindert werde, die Vorarbeiten zum Austausch in die Wege zu leiten: Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer solchen Rückkehr getroffen, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen?

Reichsminister Müller erwiderte in längeren Ausführungen, er bedauere, daß der Austausch der deutschen Kriegsgefangenen noch nicht gesehen sei, und gab eine historische Darstellung der Gründe hiervon. Er stellte dann fest, daß entgegen den genannten Pressemeldungen die Reichsregierung keine Schuld treffe.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Der Kaiser-Prozess.

Frankösisches Blatt berichtet, daß der Oberste Rat der Alliierten seine Einwilligung zum Kaiserprozess in England gegeben habe. Der Angeklagte wird die in einem korrekten Verfahren üblichen Verteidigungsmittel zu seiner Verfügung haben, aber auf ein etwaiges Revisionsbegehren können die Alliierten nicht zurückkommen, trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Exekution ergeben.

Die ersten Milliarden bis März 1920.

Wie „Echo de Paris“ meldet, wollen die Alliierten die erste Rate der Schuldensanierungsarbeiten in Deutschland am 1. April 1920 einziehen.

Die Londoner „Times“ melden aus Paris: Der Rat der Alliierten hat beschlossen, daß die Schuldensanierungsarbeiten von Deutschland in Frankreich zu leisten sind. In der Festlegung eines Anwartschafts für die deutsche Mark haben die Alliierten kein Interesse. Es muß der deutschen Arbeitsluft überlassen werden, welche Marksummen für die Frankensanierung zu leisten sind.

„Erf“ vom Mitte September ab.

Wie die offiziöse Münchener Korrespondenz Hoffmann erzählt, hat die Reichsleitung auf ein Eruchen der bayerischen Regierung die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen, mitgeteilt, daß entsprechend dem Standpunkte, den die Entente einnimmt, mit der Rückkehr der Gefangenen erst von Mitte September ab zu rechnen sein werde.

Ausschlag der Ratifikation aus durch England.

Wie die „Times“ aus Ottawa melden, hat die britische Regierung eingewilligt, daß Großbritannien die amtliche Ratifikation des Friedensvertrages bis zum Wiederzusammentritt des kanadischen Parlaments im September verschiebt.

Rechercher Franz Rumänien mit der Entente.

Der Finanzrat in Paris hat auf seine Note an Rumänien wegen der Befreiung Bindungs- und der harten Waffensstillstandsbedingungen noch keine Antwort erhalten. In der Note heißt es u. a.: „Die Friedenskonferenz sieht sich zu der Annahme gezwungen, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, der Konferenz zu trotzen und sich von den Alliierten loszusagen.“ Es veranlaßt, daß die Rumänen ihre Truppenmacht in Ansbach verstärken.

Die Sozialisierung der Elektrizität. Schon bei der Beratung des ersten praktischen Sozialisierungsgesetzes, besienjen aber die Elektrizität, das verhältnismäßig noch am einfachsten ist, hat sich gezeigt, daß Theorie und Praxis zwei recht verschiedene Dinge sind. Es sind neue Fragen aufgetaucht, die erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben und dabei sind noch von den mehreren Tausend deutscher Elektrizitätswerke nur die zweihundert größten zur Sozialisierung bestimmt.

Die Inzidenz des Abzuges.

Zu der angeblichen Vermögensabschließung des früheren Königs von Sachsen erzählt der „Berl. Anz.“, daß der König tatsächlich nicht das geringste mit der Sache zu tun habe. Die Jugendaufstellung der Wertobjekte erfolgte von einem früheren Fürsten, dem Prinzen Wied, der aber seit geraumer Zeit nicht mehr deutscher Staatsangehöriger ist und bekanntlich Abzug von Albanien war. Der ehemalige Fürst, der zurzeit in der Schweiz weilt, wurde von Freunden veranlaßt, die Wertobjekte auf diese Art Verwandten in Schweden überbringen zu lassen.

Meine politische Nachfrist.

Der Herr Ein Dienst wird vorläufig von den Beamten und Beamten nicht verlangt. Dies bedingt ein Verschick des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Regierung in Hannover.

Gehört. Der verstärkte Gefangenensituation in wieder aufgehoben. In allen Betrieben wird gearbeitet.

Amberg. Reichsfinanzminister Berger trägt sich nach Mitteilung des bayerischen Finanzministers mit dem Gedanken, bei der Reichseinkommensteuer die Beiträge von Lohn und Gehalt durch das Markensteuern zu erhöhen, um die Abgaben möglichst an der Quelle zu erfassen und Steuerhinterziehungen zu beheben.

Der Reichsfinanzminister hat sich mit dem bayerischen Landesrat, eine Volksabstimmung über die Verfassung abzuhalten, wurde mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Auslands-Rundschau.

Das Ultimatum an Deutsch-Oesterreich. Staatskanzler Dr. Wimmer, der sich nach St. Germain zurückzog, entschloß sich zu seiner letzten Weisung, die unvermittel, daß einer seiner parlamentarischen Berater, Dr. Guertler, nicht mehr verständigt werden konnte. Die Uebergabe des endgültigen und besten Friedenstriebvertrages an die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in St. Germain soll nach dem letzten Willen dieses Wittbold von Donnerstag erfolgen. Wimmer Dr. Wimmer sich unverzüglich wieder nach Wien begeben wird.

Auszug der Sowjetregierung aus Moskau? Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Petersburg, daß die Unzufriedenheit über die Sowjetregierung in Moskau im höchsten Grade ist und daß die Regierung Maßnahmen trifft, um den Fremden zu räumen und nach Tula, 120 Meilen südlich von Moskau, umzusiedeln.

Francia'sche Zentralblätter im Elsaß. Die Franzosen haben vor einigen Tagen das bekannte Kaiserlich-Deutsches Zentralblatt in Straßburg in 14 deutschen Kriegsblätter durch die Dynamitrevolution dem Erboden gleichgemacht, nachdem sie schon einige Zeit vorher die Kriegesdenkmäler in Straßburg, in Metz und St. Privat und in Großweilser zerstört haben.

Die steuerrechtlichen Länder sind unter den europäischen Großstaaten Frankreich und Italien, an denen schon seit langen Jahren viele Abgaben bestehen, die bei uns nicht einmal projektiert sind. Die Einkommensteuer, Akzise- und Ungerechtfertigter Wagensteuer, Pfeffersteuer, Dienstmädchensteuer, der städtische Hofsteuer usw., aber nur in beiden Ländern besteht ein Grundsteuer, denn es ist auch bekannt, daß die Steuerermogel dort reichhaltiger ist. Und man ist gar nicht mal so bide bader. Der gute Duxel Schindler hat sich auch in der Steuervermehrung und drückt oft genug seine Augen zu und sehr harte Steuer. Er hat die Gesamtzahl der Steuern in Frankreich die Mittelsteuer, die in Paris ziemlich 20 Proz. der Miete beträgt. Die häufigsten Steuern aller Zeiten sind die des byzantinischen Kaiserreichs gewesen, die niemals um Steuergrund und um Steuerart verlegen waren. Auch damals kannte man schon Kapitalsteuer und Steuerinverlezung und schlug darum folgenden Weg ein: Die Besteuerung jeder Stadt wurde in drei Teile geteilt, und der letzte Teil bildete den oberen eint. Er gab sich damals ein unerwartete Mehrheit, so zogen die Steuerbeamten die Schraube extra an. Auch im alten römischen Reich wurde das Steuerwesen gehörig ausgenutzt, besonders in der Provinz, und die einkaufende Politiker, die sich in Rom ruiniert hatten, hielten sich durch Steuererschöpfung der Provinzen, wohin sie als Provinzial gingen wieder auf die Beine.

Augusto. Laut „Abant“ hielten die Seeleute der in Wa Lu am Kap der Meer entlang englischen Kriegsschiffe die rote Fahne. Die Kriegsschiffe seien dann abgebrannt, unbekannt wo.

Paris. Die Zeitung des „Journal des Debats“ um Mittel ist mit der Niederlegung der Bestätigung von Maßnahmen versehen worden.

Rien. Dubino und Starostanitschno wurden nach einer unheimlichen Meldung von den ukrainischen Truppen genommen. Die Bolschewiken zogen sich nach Sibirien zurück.

Gegen den Mitteldeutschen Streikblock.

Ein Erlaß des Eisenbahnministers. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat einen Erlaß an die Beamtenchaft der preussisch-hessischen Staatsbahnen erlassen, in dem es heißt:

„In Erfurt ist am 6. Juli ein mitteldeutscher Block geschaffen worden, um die Demoralisierung der Eisenbahnverwaltungen zu erzwingen. Die Organisation soll der Propaganda des Streiks unter der Eisenbahnbeamtenchaft betreiben. Die Propaganda des Streiks in der Eisenbahnbeamtenchaft ist besonders im jetzigen Augenblick ein Verbrechen am deutschen Volk. Jedem Eisenbahnen steht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens“

vor Augen. Dazu kommt die bevorstehende Lage der Rohstoffversorgung. Diese Tatsachen müssen uns besonders dem Eisenbahnbeamten klar sein, der infolge seiner Tätigkeit die Einholung des Wirtschaftsstreiks genau verfolgen kann. Wenn in solchen Augenblick eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen will, um den Streik zur Durchführung herbeiführen der Wünsche

proklamieren zu können, so ist das eine Tat, die aus der Sicht der Öffentlichkeit hervorgeht. Hier eine Streikorganisation schaffen wollen, die als Werkzeug in ihrer Hand steht zur Durchführung der Sache, gefahrlos die rechtliche Stellung der Beamten auf das schwerste. Das Vorgehen jener Beamten ist eine

Verletzung der elementarsten Beamtenpflichten und ein Verbrechen gegen die deutsche Wirtschaft und damit gegen eine geliebte Volk.

„Ich richte deshalb die erste Mahnung an jeden Beamten, sich von solcher Streikorganisation fernzuhalten. Das niedergebogene, aus tausend Banden blühende Vaterland bedarf zu seiner Aufriistung zu einem Maße der Treue der Beamtenchaft, wie vor dem unglücklichen Kriege. Nur wer so denkt, hat den sozialen Geist erloht, denn sozial wirken heißt nicht, sich vorzustellen, sondern dem großen Ganzen dienen.“ (gez.) Dejer.

Argentinischer Weizen für Deutschland.

Mottet d. m., 12. August. Wie der Dresenerberichterklärt des „Manchester Guardian“ schreibt, hat am 13. englischen, 7. amerikanischen und 6. südamerikanischen Schiffen die Verladung argentinischer Weizenladungen für Deutschland begonnen. Bei Lloyd in London sind für Weizenexporte aus Argentinien nach Deutschland für 763 000 Schilling Versicherungen abgeschlossen.

Englische Schadenersatzforderungen an Deutschland.

London, 12. Aug. Die Morning Post, meld: Englische Staatsangehörige haben insgesamt 5 1/2 Millionen Schilling Schadenersatz an Deutschland bei der Schadenersatz-Kommission in London angemeldet.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren.

Aus Berlin meldet das WFD: Nach dem dem Staatsratsschluß vorgelegten Gesetzentwurf über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren beträgt künftig das Rückporto bis 20 Gramm 20 Pf., über 20 Gramm 30 Pf. Für die Berechnung des Rückportos sind zwei Zonen anzunehmen, eine Zone bis 75 Kilometer einschließend und eine Zone über 75 Kilometer. Beim Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilogramm gewichtet. Das Rückporto beträgt bis zu 5 Kilogramm einschließend in der Zone von 75 Pf., in der Zone von 1,25 Mt., über 5 Kilogramm bis einschließlich 10 Kilogramm 1,50 bzw. 2,50 Mt., über 10 Kilogramm

bis einsch. 15 Kilogramm 3 bzw. 5 Mt., über 15 Kilogramm bis einsch. 20 Kilogramm 4 bzw. 6 Mt. Die Telegrammgebühren betragen für gewöhnliche Ortstelegramme 8 Pf., für jedes Wort mindestens 80 Pf., für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr 10 Pf., mindestens 1 Mt., für Pressetelegramme die Hälfte der bestehenden Gebühren.

Der Umtausch der Banknoten.

Frankfurt a. M., 12. Aug. Zum Plan des Notenumtauschs erklärt die „Frank. Zig.“ aus Berlin mit ziemlicher Bestimmtheit, daß einige wichtige Notensorten des Reiches und der einzelnen Staaten noch keineswegs von der Möglichkeit der glücklichen und vollständigen Durchführung des Umtausches überzeugt sind. Dem Versuch eines Notenumtauschs, selbst wenn die erforderlichen Maßnahmen bis zum November vorbereitet werden können, stehen erste technische und wirtschaftliche Bedenken gegenüber.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuzen, den 13. August 1919.

— Briefverkehr nach allen Ländern. Fortan werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art geschäftlichen und privaten Inhalts nach allen Ländern mit Ausnahme von Rußland, der Ukraine, den Baltischen und der osteuropäischen Türkei auf Geheiß des Reichs zur Beförderung angenommen.

— Zu heutigen Tage vollendet Herr Geh. San.-Rat Dr. Hoder in voller körperlicher Mächtigkeit sein 75. Lebensjahr. Den größten Teil seines arbeitsreichen Lebens widmete er den Hilfsbedürftigen von Leuzen und Umgebung. Wie wünschten dem Jubilar eine noch recht lange gegenwärtige Tätigkeit und dann einen ungetrübten heiteren Lebensabend.

— Ertrag der gefallenen Postbeamten. Das Reichspostministerium hat genehmigt, daß die Postbeamten ihre im Kriege gefallenen Kollegen durch Anbringung von Gedenktafeln in Marmor oder bezgl. in den Schalterhallen der Postgebäude ehren. Die Kosten müssen die Beamten selbst tragen, da hierfür das Reich bei der jetzigen Finanzlage keine Mittel verfügbar hat. Die Ertragene der gefallenen Postbeamten sollte auch anderen Berufsgruppen nachstufenwert erscheinen.

— Viehzählung am 1. September 1919. Auf Anordnung des Bundesrates findet am 1. Sept. 1919 eine Viehzählung statt. Ueber die Ausführung wird folgendes verordnet: Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Hindweid, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel und Kaninchen. Die Zählung geschieht gemeindeweise.

— Der hiesige öffentliche Arbeitsnachweis vermittelt kostenlos Stellen für männliche und weibliche Personen jeden Standes und Berufs und erbittet von den Arbeitgebern die Anmeldung aller offenen Stellen. Es ist dies auch nötig, um den zurückkehrenden Kriegsteilnehmern Arbeit nachweisen zu können.

— In dem Berichte über die Schöffengerichts-Sitzung vom 8. 8. 1919 unter Ziffer 9 muß es statt Frida Müller Frida Klön heißen.

— Einlieferung von Postsendungen durch Vermittelung der Landbriefträger und Posthilfsstellen. Damit aber die bei den Landbriefträgern auf ihren Bestellungen eingelieferten sowie bei den Posthilfsstellen niergelegten Postsendungen, für welche die Postverwaltung Gemische liefert (Postanweisungen, Pakete u. dgl.), jederzeit der Rückmeldung der Einlieferung gefahrt werden kann, ist die Einrichtung getroffen, daß derartige Sendungen in Umlagebänder eingetragten werden müssen, welche die Landbriefträger und die Posthilfsstellen führen. Die Einlieferer sind berechtigt, sich von der erfolgten Eintragung selbst zu überzeugen oder die Eintragung selbst zu beweisen. Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt es sich, von jeder Beisung in jedem einzelnen Falle Gebrauch zu machen.

Die Einlieferungsheute über die bei dem Landbriefträger oder den Posthilfsstellen angegebenen Verbindungen usw. werden dem Absender durch die bestellenden Posten, wenn möglich, schon beim nächsten Postlaufgehe überbracht. Die Vermittelung der Posthilfsstellen tritt hierbei nicht ein.

Ein schöner Herbst? Die Jagdwelt, die zurzeit in den östlichen Gegenden Nordamerikas so unangenehm empfunden werden, haben sich unserm Festlande genähert, so daß wir noch mit schönen, warmen Sommererregungen rechnen können. Aus dem moosigen Auftreten von Wespen in diesem Jahr wird auf einen überaus reichen Herbst geschlossen. Überall in Feld und Wald auf Weiden und Teichen, findet man im Boden Wespenester, so daß man fast von einer Wespenplage reden kann. Doch mit einem guten Herbst haben wir, daraufhin zu setzen auch, daß die Mücken noch einmal ausfliegen; dieser Fall ist äußerst selten beobachtet worden.

Die Felddiebstähle nehmen auf dem Lande fast überall in einer Schraube erregenden Weise zu. Am schlimmsten sind die Diebstähle an Kartoffeln und Hülsenfrüchten. Gerade beim Kartoffeltrieb läßt sich die Schädlung der Allgemeinheit besonders deutlich erkennen. Es ist eine Dreifache 1. Zunahme wird, gleichmäßig, ob viele oder wenige gegeben, oder ob es sich um einen oder mehrere größere Mengen handelt, werden der Allgemeinheit ummelter großer Mengen entzogen. Tatsächlich sind schon jetzt vor Beginn der eigentlichen Ernte — viele Hunderte von Centnern der Allgemeinheit verloren gegangen. 2. Das Landwirte, die noch nicht den Ertrag ihrer Arbeit verlieren wollen, heißt nichts übrig, als die Kartoffeln rechtzeitig abzurufen. Das bedeutet, da die Kartoffeln in den letzten Wochen vor der richtigen Erntezeit am meisten wachsen, einen Ernteausschall von einem Drittel bis zur Hälfte. Tatsächlich sind schon im Vorjahr, in dem weniger gestohlen wurde, einzelne Felder so früh abgerntet worden, daß nicht einmal halbe Ernte erzielt wurde. Der Allgemeinheit kann auf diese Weise ein großer Teil des Lebens an Kartoffeln verloren gehen. 3. Schließlich wird, da unzweifelhaft

kein gutes Saatgut liefern, schon jetzt die nachjährige Ernte gefährdet. Was von Kartoffeln gilt, trifft mehr oder minder auch auf die anderen Feldfrüchte zu.

— Brennholz haltiglos. Nach einer Berliner Meldung der „Frei. Zig.“ wird in allerhöchster Zeit ein Erlaß an die preussischen Staatsforstverwaltungen ergehen, unter besonderer Berücksichtigung des Holzbezugs ein Drittel mehr als bisher abzuschlagen. Auch die Gemeinden und sonstigen Halbbesitzer sollen in ähnlichem Sinne beauftragt werden. Erwünschte Schwierigkeiten verursacht die Transportfrage. Mit dem Abschlag des Holzlos soll zu jettig bezogen werden, daß das Holz möglichst noch auf dem Wasserwege befördert werden kann.

Leuzen, 10. Aug. Der erste Leuzener Kriegsgefangene traf am Donnerstag unerwartet zuhause ein. Kam. Paul Reish, der älteste Sohn des Landwirts und Jahrgang 1895. In festentlegter beschwerlicher Wanderung glückte ihm die Zurück von Ypern, wo seine Kompanie arbeitete, mit beifolgender Mächtigkeit durch die Straßen von Brügge nach Holland.

Erfurt, 11. Aug. Gegen einen fähig gewordenen Unteroffizier schwebt eine Anklage wegen unbefugter Dienstbesorgung an Posten in einem Schuppen des Provinzialrats aus dem Ortsteil Bahmsdorf. Aus diesem Schuppen verwandelt in einer einzigen Nacht nicht weniger als 1935 Bündel Fleisch und 24 Pfund Käse. Der betreffende Unteroffizier hat einen Kameraden der mit ihm Posten stand, 60 Bündel Fleisch geschenkt.

Wolfs, 11. Aug. Der Einbrecher Willi Gramsch, der Schreden Wolfs, ist aus dem Zuchthaus Untermaßfeld entlassen worden. Gramsch, der bereits eine Zuchthausstrafe von acht Jahren für seine Einbrüche in Bayern in einem Zuchthaus bei München verbüßt hat und vor etwa 3 Monaten aus der dortigen Anstalt in das Zuchthaus Untermaßfeld transportiert worden ist, hat für die zahlreichen schweren Einbrüche, die er seit seiner Zeit in der Stadt Wolfs ausgeführt hat, eine weitere Strafe von fünfzehn Jahren zu verbüßen.

Leuzen, 11. Aug. Von den fünf in Wolfs am Schwererleiten ist nun auch außer Karl Müller, der Arbeiter Gustav Krause im hiesigen Brauereibetriebe aus dem erlittenen schweren Brandwunden gestorben. Der Arbeiter Vincenz aber liegt noch am schwersten darnieder, während man die übrigen beiden am Leben zu erhalten hofft.

Ueber die Großhändlerfrage haben am 9. August in Weimar Beirathsgruppen stattgefunden, an denen u. a. auch hebbliche Vertreter der Provinz Sachsen teilgenommen haben. Das Volksbüro veröffentlicht über diese Aussprache nun einen ausführlichen Bericht, in dem es heißt:

„Sämtliche Vertreter von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken sprachen sich auf Grund ihrer Kenntnis der Stimmung der Bevölkerung ausnahmslos dahin aus, daß eine etwaige Abtretung preussischer Gebiete den Wünschen der Bevölkerung nicht entspreche und daher unter keinen Umständen in Frage kommen könnte. Es bedarf keiner Darlegung, daß in einem freiesstaat wie Preußen diese einmütige Haltung der in erster Linie beteiligten Staatsbürger bei der ferneren Stellungnahme der Regierung zur gegenwärtigen Großhändlerfrage berücksichtigt werden muß.“

„Im August ist die in die Presse gelangte Nachricht, daß Grenzen seien am 3. Juni in der Bundesversammlung dargelegten Standpunkt aufgegeben und sich mit der Übertragung von Staatsgebiet an Großhändler entgegengesetzt einverstanden erklärt habe, nicht zutreffend.“

Das Ende der Kalkkrisis.

Jalle, 12. August. Die gestrige vom „Deutscher Arbeiter“ in Halle einberufene Konferenz der Vertreter der sachsenen Stahlwerke hat mit 25 gegen 20 Stimmen die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Am heutigen Vormittag sind die streikenden Belegschaften bereits wieder zur Arbeit eingetreten.

Weimar, 11. August. Der ehemalige Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar, der bei Ausbruch der Revolution „bei Nacht und Nebel“ Weimar verlassen mußte und erst auf Wochen nach dem abgelegenen alten Schloß am Hohenstein, später aber nach seiner Bestimmung Reizlingen in Schleien überlebte, hat am Sonntag erstmalig wieder seine alte Residenz Weimar im Automobil passiert, ohne Ausnahmsfall zu nehmen.

Endershausen, 9. August. Am Mittwochabend wurden im Untereckholze zwei männliche Leichen aufgefunden, deren die Schädelbänne eingeschlagen war. Die Ermittlungen durch die Gendarmerie haben ergeben, daß es sich um zwei russische Gefangene handelt, die sich am 12. Juli bis nach 8 Uhr abends im Orte Abshildt aufgehalten und mit Hilfe, schwarzem Tee, Zigaretten und Handtüchern gehandelt haben. Es liegt der Verdacht nahe, daß es sich um einen Mord handelt, da der Handoffener mit Anzahl, Taschengeld, Geld und andere Wertgegenstände fehlten, die bei ihnen gelassen wurden sind. Der Tat verdächtig ist eine aus sechs männlichen erwachsenen Personen und mehreren Frauen und Kindern bestehende Zigeunerbande.

Ansbach, 12. Aug. Nach den Friedensbestimmungen müssen die hiesige Interzessionskommission und die Militär-Konferenz-Gesandtschaften bis zum 1. Oktober entmilitarisiert werden. Beide Anstalten treten zum 1. Oktober sofort zunichte zum Reichsfinanzministerium über, das die Anstalten bis zum 1. April 1920 an die Unterrichtsministerien der Bundesstaaten zu übergeben beauftragt. — Die Siebtlings-gesellschaft Sachland plant die Errichtung einer großzügigen Siebtlingskolonie in unmittelbarer Nähe des Dree. Es kommen über 100 Einfamilienhäuser mit Nebenanlagen in Betracht. Die Vorarbeiten sind so weit gebiegen, daß in Kürze mit dem Bau der einzelnen Häuser begonnen werden kann.

Hannover, 11. Aug. Nach einer amtlicher Meldung fuhr am 9. August 1 nachmittags bei Abten (Wersleben) ein Postzug einem Güterzuge in die Parade. Drei Militärpersonen wurden getötet, zwei schwer und drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich.

Bericht: Aufnahme deutschösterreichischer Kinder.

Der Vorkrat vom Bund der Reichsdeutschen in Deutsch-Oesterreich in Wien hat in bewegten Worten die Not der Wiener Bevölkerung geschildert und darauf hingewiesen, daß namentlich die heranwachsende Jugend unter dem bestehenden Nahrungsmangel zu leiden habe. Er bittet daher, wenn irgend möglich, einer Anzahl von Kindern reichsdeutscher Eltern einen mehrwöchigen, für deren Lebensunterhalt hier in d. Provinz zu gewährenden. Wenn auch an die Opferbereitschaft unserer Landesbevölkerung hinsichtlich der Aufnahme der Stadtkinder der eigenen und benachbarten Provinzen große Anforderungen gestellt worden sind und wir mit der eigenen Not stark zu kämpfen haben, so erscheint es doch als Pflicht, unseren bedrängten Brüdern in Deutsch-Oesterreich zu helfen und dadurch die Verbindungen zwischen dem Reich und jenen aufrecht zu erhalten und zu vermindern.

An die landwirtschaftliche Bevölkerung des Kreises richte ich die herzliche Bitte, auch ihrerseits dazu beizutragen, die Not unserer deutschen Brüder in Deutsch-Oesterreich zu helfen und Stadtkinder reichsdeutscher Eltern aus Deutsch-Oesterreich für eine gewisse Zeit kostenfrei oder gegen ein mäßiges Kostgeld zu sich aufzunehmen. Nebenbei unter Angabe, wieviel Kinder aufgenommen werden und ob die Aufnahme unentgeltlich oder gegen Entrichtung eines mäßigen Kostgeldes erfolgen soll, bitte ich mir dies zum 15. August d. J. einzureichen.

Weißensfeld, den 9. August 1919.
Der Landrat, Bartels.

Verkauf von Fahrzeugen.

Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Kreiseingesessenen, daß der Bedarf an Fahrzeugen im Artilleriedepot Raumburg a. S. eingebedeckt werden kann, wo regelmäßig wöchentlich und zwar **Mittwachs vormittags** Verkauf von Fahrzeugen stattfindet.

Weißensfeld, den 11. August 1919.
Der Landrat, S. E. Jehler, Kreissekretär.

Gewerbliche Fortbildungsschule.

Der Unterricht beginnt am **Donnerstag, den 14. August** wieder.

Der Leiter, Langentamp.

**Ia. Schweinefleisch
fetten und durchwachsenen Speck**
a Pfd. 12 Mk.

bei **Otto Pech.**

Am **Donnerstag, den 14. August** nachmittags 3 Uhr werden auf dem hiesigen Güterbahnhofe

ca. 100 Zentner Düngekalk

meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Die Güterstelle.

Gasthof zum Löwen.

Sonntag, den 17. August

von Nachmittag 4 Uhr

starkbesetzte Ballmusik

Es ladet freundlichst ein **W. Spillner.**

**Alle Sorten
Handwerkszeuge**
als:

- Hammer
- Zangen
- Beile
- Stemmeisen
- Feilen
- Spannsägen
- Bügelsägen
- Eisensägen
- Fuchsschwänze
- Stichsägen
- Bohrwinden
- Spitzbohrer
- Stangenbohrer
- Schlangenbohrer
- Eisengewindebohrer
- Nagelbohrer

empfehlen in guten Qualitäten
billigst

Ferd. Gresse.

**Neue Salzheringe,
sowie geräucherte und
Bismarck-Heringe**

empfehlen

Karl Rudisch, Weißensfeldstr. 7.

Dieselbst ist ein

großer Kastenwagen

zu verkaufen.

3,10 Meter

**dunkelblauer
Herrnanzugstoff**

zu verkaufen

Grünerweg Nr. 1.

Ein schwarzer

Gehrock

ist zu verkaufen

Oberstr. 15 I.

Dr. Oetkers Backpulver

Vanillin-Zucker

empfehlen

Ferd. Gresse.

Briefpapierkassetten

zu haben bei

Otto Lieferenz.

- Stubentürschlösser mit Einbinder
- Einstechschlösser
- Knebeldrücker
- Schlösser
- Kammertürschlösser
- Schnappschlösser
- Schrankschlösser
- Kommodenschlösser
- Kassenschlösser
- Fahrradschlösser
- Fahrradtaschenschlösser

Vorhangschlösser
letzte in den Kreislagern von 75 Pfg. bis 10.— Mk. v. Städt empfiehlt in großer Auswahl
Ferd. Gresse.

Ein antänziges
Mädchen
sucht sofort
Frau Helene Göhrig,
Bahnr. 26

Maurer u. Handarbeiter
werden sofort eingestellt.
Grube Neugraben.
Zu melden beim Polier.
H. Dähne, Maurerstr
Hohenmühlen.

Das Aehrenlesen
in der Flur Oberneffa ist insolge des dabei zu häufig vorkommenden Kartoffeltriebshahns verboten.
Oberrnfa, den 13. August 1919.
Der Gemeindevorsteher.

Achtung!
Einen größeren Posten prima
Klee
auf dem Stamme Quadratmeter 20 Pfg. ist **Sonntag, d. 17. August** vormittags von 8 Uhr ab zu verkaufen.
W. Bauer, Stöbuhl.
Interessenten wollen sich, zwecks Einteilung bis Sonnabend, den 16. August melden bei **D. Magawitz, Teuchern, Gartenstr. 1.**

**Achtung.
Kantabaß**
garantiert rein mit Friederkebeize hat wieder laufen abzugeben. An Wiederverkäufer, auch einzeln verkauft
Beiteler Eugen Dähne,
Ehortauerstraße 10 I Gg.

Läuse
mit **Brut töter sicher „Juckerol“**
zu haben b. **Hermann Pohle**

Kleinfabrikation im Haus
dauernde und sichere Existenz ohne Kapital, bei Räume und Verkaufsaufgabe nicht nötig.
Auskunft kostenlos.
H. Heinrich, Beitz,
Fabrik Chem. techn. Prod.

Teuchern Schützenplatz (Gemütliche Ecke)
W. Billes Kunstfiguren Theater.
Freitag, den 15. August wird aufgeführt
Der Brandstifter
oder
Einer aus dem Gemeindehaus
Eckspiel in 6 Akten.
Es ladet freundlichst ein **W. Bille.**

**Norddeutscher
... Hof ...**
Sonntag, d. 17. August von 4 Uhr ab
BALE
wozu freundlichst einladet.
A. Mahler.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz Teuchern.

Gewerbebank

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Baderstraße 4. **Teuchern** Baderstraße 4.
Fersprücher Nr. 11. — Postfachkonto Nr. 23 828.

Wir gewähren Darlehn und Kontorrent-Kredit gegen Bürgschaft, hypothetische Sicherheit od. Pfand: **belehnen alle Sparbücher deutscher Sparkassen; diskontieren Wechsel und Checks an Mitglieder.**
Einsparung v. Zinsscheinen Annahme v. Sparanlagen
Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte
Reichsbankgirokonto durch die Preuß. Centralgenossenschafts-Kasse, Berlin, Verbandsbank gewerbli. Genossenschaften Halle.

Dr. med. Rutz, Facharzt f. Magen- u. Darmkrankheiten
Leipzig, Harkortstr. 1, Fersprü. 1926
zurückgekehrt am 14. August.

Einladung
zum
PRAEMIEN - SCHIESSEN
in Teuchern
Sonntag u. Montag den 31. August
und 1. September.
Sonntag von 4-6 **Unterhaltungsmusik**
von 7-12 **Ball**
Montag von 6-12 **Ball.**
Um gütigen Besuch bittet **der Schützenverein.**

Einladung.
Zu unserem am
Sonnabend, den 16. August
stattfindenden
Sommer - Vergnügen
im „Gasthof zum Norddeutschen Hof“
wird die Einwohnerschaft von Teuchern und Umgegend
hierdurch freundlichst eingeladen.
Beginn abends 7 Uhr.
Krieger- und Militär-Verein.

Gasthof zum „grünen Baum“
Teuchern.
Zu unserm am
Sonntag den 17. August
stattfindenden
Ball
des Bandonion-Klubs Trebnitz-Streckau
ladet ganz ergeben ein
Der Vorstand. **Der Wirt.**

Dank.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimzuge unserer teuren Entschlafenen sagen wir auf diesen Wege allen unsern herzlichsten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Friederike verw. Maerz
geb. Bretschneider.
Teuchern, den 13. August 1919.

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Verlagsort: Die fünfgepaltenen Kopfschelle 20, Wellenstraße 30 B.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitungsstraße 10, des Verlegers, vormittags 10 Uhr. Größere und längere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Bezugspreis wöchentlich 3 Mark, nur zum Monats-, Viertels- und Fünfzehntags- abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Bezugspreis für den Verkauf durch unsere Geschäftsstelle 1,75 Mk., von unseren Seiten ins Haus gebracht 1,95 Mk. und durch den Briefträger 1,95 Mk.

Bezugsrücklässe und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amfliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 95.

Donnerstag, den 14. August 1919.

58. Jahrgang.

Der bedrohte Eisenbahnverkehr.

Ein Vortrag des Eisenbahnministers.

Vor den Mitgliedern der Handelskammer Berlin hielt der Minister der öffentlichen Arbeiten Defer einen Vortrag über die Betriebslage der Staatsbahnen und den Verkehr.

Nach seinen Ausführungen müssen fast täglich über 10 Millionen Mark Zahlung aus dem Eisenbahnbetrieb eintreten. Da der öffentliche Verkehr nicht aufrecht erhalten werden kann, so ist die Behauptung des Verkehrs ein dringendes Bedürfnis. Die öffentliche Meinung ist sich der Bedeutung des Eisenbahnverkehrs bewusst. Die öffentliche Meinung ist sich der Bedeutung des Eisenbahnverkehrs bewusst. Die öffentliche Meinung ist sich der Bedeutung des Eisenbahnverkehrs bewusst.

Zuletzt hat die Eisenbahn heute für 90 Tage Kohlen vorrätig. Seit 11 dieser Vorrat zu sinken, das in Berlin nur noch für zwei Tage, in Hannover für fünf, in Gera für sieben Tage Kohlen zur Verfügung stehen. Um die Verhältnisse im Eisenbahnverkehr zu bessern, sind Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sind für über zwei Milliarden Mark Aufträge auszugeben. Die Eisenbahnverkehr ist ein dringendes Bedürfnis. Die öffentliche Meinung ist sich der Bedeutung des Eisenbahnverkehrs bewusst.

Die Lage im Eisenbahnverkehr ist so schlimm, dass bereits Bayern, Württemberg und Sachsen Anträge gestellt haben, durch bedingte höhere Tarife den Verkehr einzudämmen. Die Erhaltung der Eisenbahnverkehr ist ein dringendes Bedürfnis. Die öffentliche Meinung ist sich der Bedeutung des Eisenbahnverkehrs bewusst.

Am Schluß seiner Ausführungen, die sich dem Entwurf nach, betonte der Minister, daß eine Grundlagedeckung gefunden werden muß, um die Arbeitslosigkeit zu verringern; sonst werde der Zusammenbruch unvermeidlich.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Montag nachmittag fand im Gebäude des ehemaligen Reichspräsidenten die Eröffnung der Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung statt. Deutschseits waren Vertreter aller Reichstagsparteien und Staatsbehörden sowie der Behörden der Provinzialregierungen erschienen. Die polnische Kommission besteht aus fünf führenden Delegierten sowie 20 Beobachtern. Seitens der internationalen Militärkommission waren 3 Herren zugegen.

Unterhaltsminister von Danzig eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Er wies darauf hin, daß die deutsche Regierung mit allergrößter Anstrengung die Verhandlungen in die bestmögliche Lage zu bringen strebe, gleichwohl aber alles tun werde um die Verhandlungen zu einem für beide Völker befriedigenden Ende zu führen. Als Ziel der Verhandlungen bezeichnet er den Grundgedanken der Programmrede des Herrn Reichsministers Müller, daß in der Verständigung ein gutes nachbarliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen herzustellen sei.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Unterhaltsminister Dr. Marchlewski, begrüßte in seiner Eröffnung die deutsche Delegation sowie die Vertreter der internationalen Militärkommission und verbriefte im Namen der polnischen Regierung, daß diese die Verhandlungen im Geiste aufrichtigen Verständigungswillens zu führen entschlossen sei; sie würde sich glücklich fühlen, wenn diese erste gemeinschaftliche Verhandlung dazu dienen könnte, eine Grundlage für ein gutes nachbarliches Verhältnis zu schaffen. Ebenfalls würde sie die künftige den polnischen Staat angehenden Bürger deutscher Abstammung in jeder Beziehung als gleichberechtigte Mitbürger betrachten und behandeln.

Der italienische General Bentivoglio dankte in Vertretung des vormaligen Reichspräsidenten Herrn

der internationalen Militärkommission, General Dapont für die Begrüßungen und erklärte seinen der internationalen Militärkommission wurde es sehr angenehm um die Verhandlungen nach Möglichkeit zu unterstützen und zu fördern.

Die Annahme der Tabaksteuer.

— Weimar, 11. August.

In der heutigen Nachmittagssitzung der Nationalversammlung wurde die zweite Beratung des Entwurfs eines Tabaksteuergesetzes erledigt. Abg. Ehrlich (Deutschf.) äußerte gegen das Gesetz seine Bedenken. Da es die Erhaltung des Tabakhandels gefährde. Die Wanderzölle sind nur den Zweck eines kleinen, aber mächtigen Kreises des Großhandels; sie begünstigen die Ausbreitung des Markenmarkts, wie es in ähnlicher Weise bei der Zigarette vorhanden ist, und die Zusammenballung der Industrie auf Kosten der Kleinbetriebe.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Der Kaiser-Vertrag.

Französische Blätter berichten, daß der Oberste Rat der Alliierten seine Einwilligung zum Kaiser-Prozess in England gegeben habe. Der Angeklagte wird die in einem korrekten Verfahren üblichen Verteidigungsmittel zu seiner Verfügung haben, aber auf ein einseitiges Kreisvernehmen können die Alliierten nicht zurückkommen, trotz der Schwierigkeiten, die sich aus der Exekution ergeben.

Die ersten Milliarden bis März 1920.

Wie „Echo de Paris“ meldet, wollen die Alliierten die erste Rate der Schuldverschuldung aus Deutschland am 1. April 1920 einziehen. Die Londoner „Times“ melden aus Paris: Der Rat der Alliierten hat beschlossen, daß die Schuldverschuldung von Deutschland in Frankreich zu leisten ist. In der Festlegung eines Pfandgesetzes für die deutsche Mark haben die Alliierten kein Interesse. Es muß der deutschen Arbeitskraft überlassen werden, welche Marksummen für die Frankennährung zu leisten sind.

„Eck von Mitte September ab.“

Wie die offizielle Münchener Korrespondenz Hoffmann erzählt, hat die Reichsregierung auf ein Eruchen der bayerischen Regierung die sofortige Rückkehr der Kriegsgesangen zu ermöglichen, mitteilt, daß diese dem Standpunkte, den die Entente einnehme, mit der Rückkehr der Gefangenen erst von Mitte September ab zu rechnen sein werde.

Auflösung der Ratifikation aus durch England.

Wie die „Times“ aus Ottawa melden, hat die britische Regierung eingewilligt, daß Großbritannien die amtliche Ratifikation des Friedensvertrages bis zum Wiederzusammentritt des kanadischen Parlaments im September verzieht.

Eröhrer Bruch Rumäniens mit der Entente.

Der Finanzrat in Paris hat auf seine Note an Rumänien wegen der Befehlsgewalt in Bukarest und der harten Waffenstillstandsbedingungen noch keine Antwort erhalten. In der Note heißt es u. a.: Die Friedenskonferenz sieht sich zu der Annahme gezwungen, daß die rumänische Regierung entschlossen ist, der Konferenz zu tragen und sich von den Alliierten loszusagen. Es verlaute, daß die Rumänen ihre Truppenmacht in Bukarest verließen.

Die Sozialisierung der Elektrizität. Schon bei der Beratung des ersten praktischen Sozialgesetzgesetzes, besorgten über die Elektrizität, das verhältnismäßig noch am einfachsten ist, hat sich gezeigt, daß Theorie und Praxis zwei recht verschiedene Dinge sind. Es sind neue Fragen aufgetaucht, die erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben. Und dabei sind doch von den mehreren Tausend deutscher Elektrizitätswerke nur die zweihundert größten zur Sozialisierung bestimmt.

Die Ausweitung des Abtrats. In der angeblichen Vermögensabschätzung des früheren Königs von Sachsen erzählt der „Berl. Lok.-Anz.“, daß der König tatsächlich nicht das geringste mit der Sache zu tun hat. Die Ausweitung der Wertobjekte erfolgte von einem früheren deutschen Fürsten, dem Prinzen Wilhelm, der aber seit gerannener Zeit nicht mehr deutscher Staatsangehöriger ist und bekanntlich Abtrats von Albanien war. Der ehemalige Fürst, der zuerst in der Schweiz weilte, wurde von Freunden veranlaßt, die Wertobjekte auf diese Art Verwandten in Schweden überbringen zu lassen.

Seine politische Maßnahmen.

Berlin. Ein Bericht über Vorkäufig von den Beamten und Beamten nicht verlangt. Dies befindet ein Bescheid des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Regierung in Hannover.

Bonn. Der verordnete Gefangenenaufstand in der Reichshauptstadt Bonn wird durch die Reichsregierung nicht als ein Verbrechen angesehen. Die Reichsregierung trägt sich nach Mitteilung des bayerischen Finanzministers mit dem Gedanken, bei der Friedenskonferenz die Beträge von Lohn und Gehalt durch das Markenhistum zu erheben, was ihnen möglich an der Quelle zu erfassen und Steuerhinterziehungen zu beheben.

Bamberger. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat die Verfassungsvorlage angenommen. Der Vortrag, eine Volksabstimmung über die Verfassung abzuhalten, wurde mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Auslands-Rundschau.

Das Ultimatum an Deutsch-Oesterreich. Staatskanzler Dr. Renner, der sich nach Et. Germalin zunächst begab, entschloß sich zu seiner beschleunigten Reise ins unterirdische, daß einer feiner parlamentarischen Bedenken. Die Oesterreich nicht mehr verhandelt werden konnte. Die Übergabe des erstgültigen und bestärktesten Friedensvertrages an die Vertreter Deutsch-Oesterreichs in Et. Germalin soll nach dem letzten Mitteilungen diesen Mittwoch oder Donnerstag erfolgen, wonach Dr. Renner sich unverzüglich wieder nach Wien begeben wird.



Nach Annahme der ganzen Vorlage zum Inhalt der Verhandlung war, die Verhandlung auf morgen nachmittag zur Verhandlung, um den Rest der heutigen Tagesordnung unter Einfügung des Umstahergesetzes zu erledigen.

Hieran knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte. In derselben ergriß auch Reichsminister Erzberger das Wort, und zwar als Abgeordneter. Unter großer Heftigkeit führte er gegenüber dem Abgeordneten Dr. Becker (D. B.) aus, als Abgeordneter, daß ihm bekannt, daß zu einem Abtrats gegen die Regierung seine Verantwortung vorliege.

Der Vorschlag des Präsidenten wurde schließlich durch Zustimmung angenommen, wobei sich gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses ergab.

Deutsche Nationalversammlung.

— Weimar, 12. August 1919.

In heutiger Sitzung der Nationalversammlung wurden zunächst Anfragen erledigt. U. a. fragte Abg. v. Gräfe (Deutsch.) unter Bezugnahme auf Pressenachrichten, nach denen in englischen und amerikanischen Zeitungen lagen der deutschen Kriegsgesangenen mitzuteilen worden sei, daß ihre beschleunigte Heimkehr nach Deutschland seitens der deutschen Regierung offenbar nicht gewünscht, je durch die Weigerung der deutschen Regierung selbst behindert werde, die Vorbereitungen zum Abtransport in die Wege zu setzen: Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorkehrungen tatsächlich zu einer zeitigen Rückkehr getroffen, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgesangenen ein Ende zu machen?

Reichsminister Müller erwiderte in längeren Ausführungen: Er bewaute, daß der Abtransport der deutschen Kriegsgesangenen noch nicht gefestigt sei, und gab eine historische Darstellung der Gründe für von. Er stellte dann fest, daß entgegen den genannten Presse-meldungen die Reichsregierung keine Schuld trifft.